

## **Wandel der Politikformen und politische Produktivität**

### **Zur Entwicklung und Problemlage der Friedensbewegung**

---

Prof. Dr. Arno Klönne, geb. 1931 in Bochum, studierte Politikwissenschaft und Soziologie in Köln und Marburg, war Dezernent für Jugendpflege beim Land Hessen, dann im Hochschuldienst und ist derzeit Professor für Soziologie an der Universität/Gesamthochschule Paderborn.

In der sozialwissenschaftlichen Literatur ist es üblich geworden, die „neue Friedensbewegung“, wie sie sich ab Anfang der achtziger Jahre im Protest gegen die „Nach“-Rüstung ausbreitete, dem Gesamtzusammenhang „neuer sozialer Bewegungen“ zuzuordnen und ihr - ähnlich wie der Ökologiebewegung, der Alternativbewegung und der „neuen Frauenbewegung“ - einen vorzugsweise auf bestimmte soziale Schichten und Generationsgruppen konzentrierten „postmaterialistischen“ Charakter zuzuschreiben. Nun ist es sicherlich nicht falsch, Verbindungslinien zwischen dem Protest gegen die Hochrüstung und dem Aufbegehren gegen die bedrückende Wachstumsdynamik einer technokratischen, machtfixierten und von tradierten Männlichkeitsbildern geprägten Gesellschaftsformation zu ziehen und insofern auch Motive der Friedensbewegung als kritische Reaktionen auf ein herrschendes Modell von „Modernität“ zu interpretieren.<sup>1</sup> Aber dies ist *ein* Herkunftsstrang und *ein* Impuls der Friedensbewegung, und es ist damit nicht schon die Entwicklung oder Grundlage der Friedensbewegung in ihrer Vielschichtigkeit gekennzeichnet. Hinzuweisen ist zunächst darauf, daß die Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik nicht erst zu Zeiten des aufkommenden „Postmaterialismus“ (die Fragwürdigkeit dieses Begriffes einmal ausgeklammert) begann; schon ein Blick auf gegenwärtig bei rüstungsgegenerischen Initiativen und Aktionen besonders engagierte Gruppen oder Personen zeigt Kontinuitäten zur „alten Friedensbewegung“, also zur Trägerschaft der Kampagnen gegen die Wiederaufrüstung und gegen die atomare Bewaffnung in den fünfziger und sechziger Jahren. Vielleicht ist es nützlich, die damalige und die heutige Problemlage der Friedensbewegung in Vergleich zu setzen.

#### Die „erste Welle“ der Friedensbewegung

Die rüstungsgegenerischen Kampagnen in den beiden ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik, die zeitweilig - was heute weitgehend in Vergessenheit

---

<sup>1</sup> Siehe hierzu etwa Karl-Werner Brand u.a., Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt 1983.

geraten ist - zu wirklichen Massenaktionen fähig waren, konnten ihre direkten Zielsetzungen nicht erreichen: Weder konnte die Wiederbewaffnung in Deutschland verhindert noch die Einbeziehung deutschen Territoriums in das System atomarer Rüstung vermieden werden. Bedenkt man die weltpolitischen Umstände und innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, so sind diese Mißerfolge der damaligen Friedensbewegung wenig verwunderlich. Dennoch ist zu fragen, ob die entpolitisierende Enttäuschung, die für zahllose Anhänger der Protestbewegung gegen die Wiederbewaffnung oder der Kampagne „Kampf dem Atomtod“ nach deren Scheitern verhaltensbestimmend wurde, historisch unvermeidlich war. Gab es nicht auch innere politische Schwächen jener Friedensbewegungen und zugleich Fehlorientierungen „benachbarter“ Großorganisationen, die das rüstungsgegnerische Potential zu einem erheblichen Teil schwächten und zur Folge hatten, daß nur Minderheiten der „ersten Welle“ der Friedensbewegung ihre Politikzuwendung durchhielten?

In den fünfziger Jahren wirkten in der rüstungsgegnerischen Bewegung unterschiedliche Ausgangsmotive zusammen. Es trafen sich traditionell pazifistische oder antimilitaristische Strömungen, letztere mit beträchtlichem Anhang an der Basis der Arbeiterbewegung, in der gemeinsamen Erfahrung, daß ihre längst vor 1933 ausgesprochenen Warnungen vor dem kriegerischen Willen von „Hakenkreuz und Stahlhelm“ sich auf schreckliche Weise bestätigt hatten. Hinzu kamen Massen von Menschen, die nach den Erlebnissen des Zweiten Weltkrieges zu jeder Art Aufrüstung „Ohne mich“-Einstellungen vertraten, aber auch ehemalige Soldaten, denen der Wandel von der „Entmilitarisierung“ und „Umerziehung“ zur neuen „Wehrfreudigkeit“ zu rasch ging und die nicht „für andere die Knochen hinhalten“ wollten. Hinzu kamen Kommunisten, die in der Wiederbewaffnung Westdeutschlands vor allem einen Machtzugewinn der Gegenseite im Kalten Krieg sahen. Und hinzu kamen viele Gegner der Adenauerschen Politik der Westbindung, die Aufrüstung in der Bundesrepublik vor allem deshalb kritisierten, weil diese alle Chancen einer deutschen Wiedervereinigung zunichte mache. Das letztgenannte Motiv war vor allem in der Sozialdemokratie, aber auch im politisch oppositionellen Teil des Protestantismus weit verbreitet. Es war infolgedessen schwierig, Denkweisen und Argumente der rüstungsgegnerischen Bewegung auf Prioritäten hin zu einigen, die langfristige Bedingungen der Friedenssicherung anzielten; auf problematische Weise mischten sich friedenspolitische Perspektiven mit außen- oder nationalpolitischen Positionen, auch mit dieser oder jener Option im „Kalten Krieg“, nicht selten gar mit der Hoffnung, Deutschland könne gerade auf dem Wege der militärischen Neutralisierung eine neue - diesmal friedliche - „Mission“ für Europa oder die Weltpolitik gewinnen, zur „Mitte der Völker“ werden. Es hegt nahe, daß einige dieser rüstungsgegnerischen Antriebe sich verloren, nachdem solcherart Beimischungen in der Realität allzu offensichtlich keinen Boden mehr fanden. (Ein Gemisch rüstungsgegnerischer und nationalpolitischer Stimmungen oder Hoffnungen bestimmte übrigens auch die Gründung der Gesamtdeutschen Volkspartei und - zumindest in den Anfängen - der Deutschen Friedens-Union; beide Versuche, die

Friedensbewegung in eine neue Partei einmünden zu lassen, erwiesen sich als „bodenlos“.) Fragwürdig war aber auch die allzu enge, machtstrategische Verschränkung der rüstungsgegnertischen Bewegung in den fünfziger Jahren mit der Organisationspolitik von Sozialdemokratie und Gewerkschaften - von den besonderen Interessen kommunistischer Parteipolitik an der damaligen Friedensbewegung einmal ganz abgesehen. Es ist legitim, daß außerparlamentarische Bewegungen auf die politische Meinungsbildung in Parteien oder Verbänden (so auch in den Gewerkschaften) Einfluß zu nehmen suchen und andererseits Parteien oder Verbände von außerparlamentarischen Bewegungen eine Veränderung der öffentlichen Meinung erhoffen, die auch ihren Zielen nützlich ist. Daraus kann sich selbstverständlich auch ein punktueller Zusammengehen in der politischen Aktion ergeben. Für die Politik auf beiden Seiten wird es allerdings unbekömmlich, wenn ein operativer Zusammenhang entsteht, der entweder eine Partei und einen Verband (in diesem Falle: die Gewerkschaften) überfordert oder umgekehrt die außerparlamentarische Bewegung partei- oder verbandsstrategisch überformt und damit in ihren eigenständigen Entwicklungsmöglichkeiten lähmt. Die „Paulskirchenbewegung“ und mehr noch die Kampagne „Kampf dem Atomtod“ bieten in mancher Hinsicht historische Beispiele für eine „nicht geglückte Beziehung“ zwischen außerparlamentarischer Bewegung und parteipolitisch-gewerkschaftlichen Politikformen. Nach dem Auslaufen dieser Aktionen beschuldigte man sich gegenseitig: Sozialdemokratische und gewerkschaftliche Vorstände hätten eine Volksbewegung „verraten“, - so hieß es auf der einen Seite; auf der anderen Seite hieß es, die außerparlamentarische Bewegung habe sich von Kommunisten „unterwandern“ lassen. Beide Argumente trafen nicht den entscheidenden Sachverhalt.

#### Die Ostermarschbewegung

Daß trotz des nicht eben erfolgreichen Verlaufs dieser ersten Welle rüstungsgegnertischer außerparlamentarischer Opposition und resignativer Abwendung zahlreicher Beteiligter von politischem Engagement dann wenige Jahre später eine zweite Welle der Friedensbewegung, nämlich die Ostermarsch-Kampagne, vergleichsweise rasch und effektiv wieder anlief, war Lernprozessen zu verdanken, die sich vor allem auf zwei Fragen bezogen: Erstens trennte sich die Ostermarschbewegung von nationalpolitischen Illusionen und konzentrierte sich auf Forderungen nach schrittweiser Abrüstung, innergesellschaftlicher Demilitarisierung und außenpolitischer Entspannung. Zweitens wurde Friedensbewegung nun als strikt unabhängig von allen partei- oder verbandspolitischen Strategien definiert und praktiziert. Zwar sahen sich der SPD-Vorstand und auch Repräsentanten des DGB für eine Weile gerade durch diese Unabhängigkeit der Ostermarschbewegung zu öffentlichen Distanzierungen veranlaßt, aber allmählich normalisierte sich das Verhältnis zwischen Friedensbewegung und Sozialdemokratie oder Gewerkschaften in dieser Phase in dem Sinne, daß die Eigengesetzlichkeit außerparlamentarischer Bewegungen akzeptiert wurde. Ihr gegenüber war für Parteien oder Ver-

bände ein organisationskollektiver und dauerhafter Zustimmungsbeschluß ebenso wenig angebracht wie eine Unvereinbarkeitserklärung.

Die Ostermarschbewegung der sechziger Jahre, die dann 1969 auslief, trug zur Veränderung des politischen „Klimas“ erheblich bei und war zweifellos eine der historischen Voraussetzungen für die Akzeptanz der dann von der SPD/FDP-Bundesregierung eingeleiteten Verständigungspolitik mit den Staaten des Warschauer Paktes. Wenn unter der Brandt-Scheel-Regierung die politische Präsenz der Friedensbewegung geringer wurde, so hing das einerseits mit (überzogenen) Hoffnungen zusammen, die außenpolitische Entspannung werde auch weitreichende Abrüstungsmaßnahmen hervorbringen können; andererseits traten innerhalb des - im weitesten Sinne - „linken“ politischen Potentials friedenspolitische Themen zurück gegenüber Versuchen, einen neuen gesellschaftspolitischen Radikalismus zu organisieren und dann auch schon gegenüber den Themen der Ökologie- und Alternativbewegung.

### Die neue Friedensbewegung

Die „Nach“-Rüstung, also die Politik der Stationierung von Mittelstreckenraketen, hatte die rasche Wiederbelebung der Friedensbewegung in der Bundesrepublik zur Folge, wobei diese nun zunächst in den Gegensatz zu einer von der SPD geführten Regierung kam; diese Konstellation verhinderte aber nicht die Ausbreitung friedenspolitischer Kritik am Kurs von Helmut Schmidt auch im Terrain der Sozialdemokratie. Daß die SPD dann in Bonn wieder in die Opposition gehen mußte, erleichterte sicherlich die Annäherung sozialdemokratischer Positionen an die Argumente der Kritiker des „Nach“-Rüstungsbeschlusses. Der DGB reagierte im Herbst 1981 auf Aktivitäten der neuen Friedensbewegung mit einer eigenen Öffentlichkeitsinitiative für abrüstungspolitische Zielsetzungen, hielt dabei aber Distanz zu den Demonstrationen der Friedensbewegung. Vermutlich spielte dabei auch Rücksichtnahme auf die Interessen der noch regierenden Sozialdemokratie mit, aber gewichtiger war sicherlich der ungeklärte Diskussionsstand in den Gewerkschaften selbst. Noch in den Denkbahnen der fünfziger Jahre lag die Befürchtung, die wiederbelebte Friedensbewegung sei für die kommunistische Politik instrumentalisierbar und die von ihr ausgehenden Impulse kämen einseitig den militärpolitischen Vorstellungen des Warschauer Paktes zugute. Inzwischen spielen solche Einschätzungen in den DGB-Gewerkschaften kaum noch eine Rolle, und sie entsprachen auch nicht den Entwicklungsbedingungen, wie sie bei der neuen Friedensbewegung, genauer gesagt: bei der dritten Welle der Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben waren. „Neu“ war diese Friedensbewegung im Hinblick auf das soziale und politische Umfeld, in dem sie die Voraussetzungen ihres Verhaltens und Handelns vorfand (und weiterhin vorfindet).<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Wichtige sozialwissenschaftliche Beiträge zur Entwicklung der Friedensbewegung brachte der 16. Band der „Friedensanalysen“: Die neue Friedensbewegung, hrsg. von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt 1982. Leider sind solche Studien in der Zwischenzeit nicht „fortgeschrieben“ worden.

Im Unterschied zur Situation in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik ist inzwischen die „Bürgerinitiative“, also eine im Ansatz „nonkonforme“, in zentralisierte Konzepte oder Strukturen nicht eingebundene und selbst nicht zur Dauerinstitutionalisierung neigende Politikform zur gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit auch hierzulande geworden. Dieser Wandel bringt Auflockerungen auch in den herkömmlichen gesellschaftlichen Großorganisationen mit sich; politische „Geschlossenheit“ hat nicht mehr ihren früheren Stellenwert. Ablehnende oder auch zustimmende Deklarationen parteipolitischer oder verbandlicher Zentralen haben für „Bürgerinitiativen“ oder soziale Bewegungen nicht mehr die ihnen früher zugemessene oder tatsächlich innewohnende Bedeutung.

Gleichzeitig vermindert sich aber auch die Möglichkeit, solche Initiativen oder Bewegungen effektiv zu „unterwandern“ oder von außen her zu instrumentalisieren. Die Frage nach der „Besetzung“ von „Gremien“, etwa der Friedensbewegung, geht heute an den realen Bedingungen politischer» Einflußnahme vorbei, ganz gleich, ob sie aus der interessierten Sicht von oppositionellen „Kadern“ oder aus der negatorischen Absicht eines Bundesinnenministers gestellt wird.

Das Spektrum friedenspolitischer Argumente und Potentiale ist sehr viel breiter geworden; die Sensibilisierung für „Überlebensfragen“ hat herkömmliche Feindbilder verunsichert oder zum Teil in Auflösung gebracht, bis weit in den Bereich des politischen Konservatismus hinein. Daß einer „Bedrohung aus dem Osten“ mit der bedenkenlosen Steigerung der westlichen militärischen Schlagkraft entgegenzutreten sei, ist eine „Sicherheitsphilosophie“, die heute auch in der Anhängerschaft der Unionsparteien kaum noch Glauben findet. Statt dessen ist die Beteuerung, abrüstungspolitische Schritte seien unumgänglich, zur Regel geworden.

Unter solchen Bedingungen ist es schwierig, eine Friedensbewegung von der vorherrschenden Politik her argumentativ eindeutig auszugrenzen. Hinzu kommt, daß sich in zunehmendem Umfang in friedenspolitischen Initiativen Menschen aus solchen Berufen (Naturwissenschaftler, Ärzte) engagieren, die als an „sachverständigem“ Denken orientiert gelten. Auch das erhöht die Akzeptanzchancen der Friedensbewegung in der öffentlichen Meinung. Ein „Wertewandel“, der Themen der Friedensbewegung einen Resonanzvorteil gibt, macht sich nicht zuletzt in den Kirchen bemerkbar; vor allem bei der nachwachsenden Generation gilt dies auch für den Katholizismus.

Insgesamt kann also die Friedensbewegung in der Bundesrepublik heute auf weitaus günstigere politische Umweltbedingungen rechnen als in der Zeit vor dem achtziger Jahrzehnt. Dies bedeutet aber nicht, daß sie nun problemlos wirken könnte, und zum Teil sind neu auftretende Schwierigkeiten der Friedensbewegung die anderen Seiten eben der Vorzüge, die ihr in ihren Rahmenbedingungen heute im Vergleich zu früher zustatten kommen. Einige Pro-

bleme, die sich jetzt für die Entwicklung der Friedensbewegung stellen, sollen im folgenden kurz umrissen werden.<sup>3</sup>

### Probleme der Friedensbewegung

Die verbale Zustimmung, die Abrüstungsforderungen gegenwärtig durchweg finden, und die (hoffentlich) praktischen Ergebnisse der derzeitigen Gespräche über die Reduzierung des atomaren Waffenpotentials mittlerer Reichweite können Stimmungen hervorrufen, wonach die Friedenspolitik nun der offiziellen politischen Arena zu überlassen sei und die Friedensbewegung (wenigstens dann, wenn die Bundesrepublik dem Abbau der Mittelstreckenraketen keine Hindernisse mehr in den Weg stelle) hierzulande pausieren könne: Schließlich war es der Protest gegen die „Nach“-Rüstung mit Mittelstreckenraketen, der seinerzeit die Wiederbelebung der Friedensbewegung bewirkte. Aber es gibt leider wenig Gründe für einen Abrüstungspolitischen Optimismus. Insbesondere ist zu bedenken, daß mögliche Rüstungsbeschränkungen auf der einen Ebene offenbar Bestrebungen hervorrufen, dafür auf einer anderen Rüstungsebene „Kompensation“ anzuzielen, im Falle der Bundesrepublik: die konventionelle Rüstung voranzutreiben oder eine auch atomare militärpolitische Neugruppierung westeuropäischen Zuschnitts ins Auge zu fassen.

Jede Friedensbewegung steht vor dem immer wieder neu zu lösenden Problem, aktuelle rüstungspolitische Entscheidungen in den Mittelpunkt ihrer Kampagnen stellen zu müssen und doch darüber die Auseinandersetzung mit dem gesamten System der Rüstungspolitik nicht zu vernachlässigen. Das heißt: Friedensbewegung muß erreichbare Ziele setzen und zugleich deutlich machen, daß sie nicht an ihrem Ziel ist, wenn eine konkrete Forderung zur Realität geworden ist. Ein großer Teil des politischen Potentials der „neuen sozialen Bewegungen“ denkt und verhält sich in „Konjunkturen“ des Protestverhaltens; bei gleichbleibenden kritischen Grundstimmungen wechseln die aktualisierten Themen relativ rasch. Diese Orientierung bedeutet, daß auf gegebene Anlässe hin sich Kampagnefähigkeit leicht entwickelt; andererseits liegt darin das Risiko eines oppositionellen Konsumismus. Will eine soziale Bewegung gesellschaftlich produktiv sein, so setzt dies nicht nur Beweglichkeit in den Politikformen, sondern auch Beharrlichkeit in der Perspektive voraus.

Es hat den Anschein, daß die organisierenden Gruppen in der gegenwärtigen Friedensbewegung sich dieses Problems bewußt sind. Allerdings kann seine Lösung nicht in der Institutionalisierung oder Ritualisierung von friedenspolitischen Aktionen mit appellativem Charakter liegen, was dann andererseits wieder am radikalgesonnenen Rand der Friedensbewegung eine ins

<sup>3</sup> Einen Überblick zum Diskussionsstand der Friedensbewegung in der Bundesrepublik heute gibt der Reader „Perspektiven“, herausgegeben vom Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung, Bonn 1987. Kritisch ist hier anzumerken, daß normative Betrachtungen überwiegen; Überlegungen zur Struktur und Funktion der Friedensbewegung sind darin kaum zu finden.

Leere lauf ende Verhaltensmilitanz herausfordern würde. Jede Friedensbewegung muß darauf aus sein, die Zustimmung zu ihren Argumenten und die Beteiligung an ihren Aktivitäten gesellschaftlich zu verbreitern. Diesem Ziel ist nicht dadurch näherzukommen, daß Auftretensweise und Aussage der Friedensbewegung auf einen spannungslosen Minimalkonsens reduziert werden. Es wäre leichtfertig, wenn die Koordinierung von Tätigkeiten der Friedensbewegung die möglichen politischen Reaktionen in Parteien und Großverbänden nicht mitbedenken würde; aber es wäre für die Friedensbewegung lähmend, wenn bündnispolitisches Kalkül zur obersten Maxime würde. Um dies am Beispiel der Gewerkschaften zu verdeutlichen: Eine Friedensbewegung, die in ihren Inhalten oder Formen gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern und gewerkschaftlichen Funktionären keine Chance der Zustimmung und Mitwirkung belassen würde, hätte keine Aussichten auf gesellschaftliche Produktivität. Aber eine Friedensbewegung, die ihr Vorgehen von der jeweils gegebenen Beschlußlage der Gewerkschaftsbewegung (und dem in Einheitsgewerkschaften notwendigerweise begrenzten Spielraum politischer Parteinahme) abhängig machen würde, könnte auch für die friedenspolitische Willensbildung in den Gewerkschaften nichts mehr bedeuten — sie hätte ihre anregende und innovative Funktion aufgegeben.

Hinzuweisen ist schließlich auf Probleme in der friedenspolitischen Sichtweise der gegenwärtigen Friedensbewegung. Die Entscheidungssituation in der Rüstungspolitik, aus der heraus Anfang der achtziger Jahre die Friedensbewegung in der Bundesrepublik neuen Auftrieb erhielt, brachte es mit sich, daß die spezifische Gefährdung im Bereich der beiden deutschen Staaten und zugleich der Protest gegen die „Supermächte“ und deren Drohpotentiale in den Mittelpunkt gerückt wurden. Unterströmungen der westdeutschen Friedensbewegung bekamen dabei aufs neue eine nationalpolitische Tendenz, etwa in dem Sinne, daß Kritik an der Rüstungspolitik sich fast ausschließlich auf die beiden weltpolitischen Führungsmächte fixierte, oder in dem Sinne, daß sich mit dem Ziel der Abrüstung oder Rüstungsbegrenzung in Mitteleuropa nun die Vision einer gesamtdeutschen „Neutralität“ oder gar nationalen Wiedervereinigung verband. Demgegenüber ist daran zu erinnern, daß es eigene rüstungspolitische Ambitionen in der Politik der Bundesrepublik gab und gibt, die nicht schon dadurch harmlos sind, daß die Bundesrepublik keine „Supermacht“ ist. Riskant wäre es, Abrüstungskonzepte mit illusionären Hoffnungen auf eine „deutsche Konföderation“ oder die „deutsche Einheit“ zu verquicken und dem Gedanken Nahrung zu geben, erst die „Lösung der deutschen Frage“ könne Friedenssicherung in Europa gewährleisten.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt bleibt schließlich zu fragen, ob die Friedensbewegung derzeit die Wirkungszusammenhänge von Rüstung und Ökonomie hinreichend in ihrem Blickfeld hat. Nach wie vor verhindert der in die Rüstung eingehende öffentliche Aufwand die Lösung sozialer Aufgaben des Staates; nach wie vor setzen sich rüstungswirtschaftliche Interessen in militärpolitische Optionen um.